

XXII. GP.-NR
1389/J
2004 -01- 29

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Maier
und GenossInnen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
betreffend **Vollziehung Preisauszeichnungsgesetz – Marktbeobachtung in
Österreich**

Nach dem Bundesministeriengesetz ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit unter anderem auch für das Preisauszeichnungsgesetz zuständig.
Die Vollziehung des Preisauszeichnungsgesetzes (BGBl 1992/146 idF BGBl Nr. 55/2000) erfolgt im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung.

Eine neue Zusammensetzung des Warenkorbes zur Ermittlung des Verbraucherpreisindex forderten im Jänner die Arbeiterkammern. Anlass dafür waren die von der Bundesarbeitskammer festgestellten Preissteigerungen in der Gastronomie und bei Lebensmitteln seit der Euro-Einführung. Der jetzige Warenkorb ist nach Ansicht der AK kein genauer Maßstab zur Ermittlung von Teuerungen. Wovor die Arbeiterkammer immer wieder gewarnt hat, belegen jetzt Untersuchungen einwandfrei: der Euro hat die Lebenshaltungskosten der Durchschnittsbürger empfindlich verteuert! Es ist zum Teil zu wahren Preisexzessen gekommen, die jetzt durch statistische Verschleierungen nicht mehr verdeckt werden können!

Der Kärntner AK-Präsident forderte in diesem Zusammenhang dringend eine Neuordnung des sogenannten "Warenkorbes", aus dem die Teuerungsrate errechnet wird. Dieser Warenkorb enthält auch Produkte wie Computer, Videogeräte oder Fernreisen, die von Jahr zu Jahr billiger werden, aber keineswegs zum täglichen Bedarf gehören. So wird eine niedrige Inflation vorgetäuscht, obwohl die Produkte des täglichen Lebens zum Teil enorm verteuert wurden. Laut einer Erhebung der AK sind die Preise für Essen und Trinken seit Februar 2001 um rund 9 Prozent gestiegen. Die Inflationsrate betrug im Vergleichszeitraum aber nur 4,2 Prozent. Daher ist der jetzige Warenkorb nach Ansicht der Arbeiterkammer kein genauer Maßstab mehr zur Ermittlung von Preissteigerungen bei Produkten, die für die Grundversorgung notwendig sind. Die tatsächliche Preisentwicklung werde unter

anderem durch technische Geräte, die einem starken Preisverfall ausgesetzt sind, verzerrt. Gefordert wurde daher ein Warenkorb für Güter des täglichen Bedarfs.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit folgende

Anfrage:

1. Welche Kontroll- bzw. Marktbeobachtungsmaßnahmen (z. B. Preiserhebungen) aufgrund des Preisauszeichnungsgesetzes wurden in den Jahren 2000, 2001, 2002 und 2003 den Ländern aufgetragen (Aufschlüsselung der Aufträge bzw. der Ersuchen auf Jahre und Bundesländer)?
2. Wie viele Betriebe wurden dabei in diesen Jahren durch die Behörden kontrolliert (Aufschlüsselung der Betriebsanzahl auf die einzelnen Aufträge)?
3. Zu welchen konkreten Ergebnissen führten die in den Bundesländern im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in diesen Jahren durchgeführten Kontroll- bzw. Marktbeobachtungsmaßnahmen nach dem Preisauszeichnungsgesetz (Aufschlüsselung der jeweils einzelnen Ergebnisse in den Bundesländern und auf Jahre)?
4. Welche konkreten einzelnen Maßnahmen (z. B. Abmahnung, Bescheid) mussten aufgrund dieser Ergebnisse in diesen Jahren jeweils durch die zuständigen Behörden ergriffen werden (Aufschlüsselung dieser Maßnahmen auf Jahre, Auftrag und Bundesländer)?
5. Welche konkreten Maßnahmen (z. B. Erlass, VO) mussten aufgrund dieser Ergebnisse in diesen Jahren jeweils durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit ergriffen werden (Aufschlüsselung dieser Maßnahmen auf Jahre und Anlassfall)?
6. Welche Kontroll- bzw. Marktbeobachtungsmaßnahmen (z. B. Preiserhebungen) aufgrund des Preisauszeichnungsgesetzes wurden bereits bzw. werden im Jahr 2004 den Ländern aufgetragen (Aufschlüsselung der Aufträge bzw. der Ersuchen auf Jahre und Bundesländer)?

7. Werden Sie einen Warenkorb mit Gütern des täglichen Bedarfs erstellen, damit die tatsächliche Belastung für die KonsumentInnen bzw. Haushalte durch Preissteigerungen korrekt dargestellt wird?
8. Wenn nein, warum nicht?

Ulrike Sime
Ker
Ker